

BESCHLUSSPROTOKOLL

Gremium	Sitzung am	Seiten insgesamt
Haupt- und Finanzausschuss	26.11.2024	

Sitzungsort	im Ratssaal des Rathauses, Mannheimer Str. 24
Sitzungsdauer	15:00 - 18:26 Uhr

öffentliche und nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil des Protokolls sind.

Gez. Natalie Bauernschmitt

Vorsitzende

Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Die Tagesordnung ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu dieser ordnungsgemäß, unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit im Sinne des § 39 Gemeindeordnung (GemO) liegt vor.

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Der Antrag der CDU und FWG-Stadtratsfraktionen vom 25.11.2024 „Schaffung einer neuen Stelle im Bereich Wirtschaftsförderung“ wird unter Tagesordnungspunkt 2 „Vorstellung des Haushaltsplan-Entwurfs inklusive Stellenplan und den entsprechenden Anlagen“ beraten.



Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- 1 Beteiligung der Gemeinden an den Personalkosten der Kindertagesstätten ab 01.07.2021
- 2 Vorstellung des Haushaltsplan-Entwurfs 2025 inklusive Stellenplan und den entsprechenden Anlagen
- 3 Einlage in die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH für Zuschüsse an die Rhein-Haardtbahn GmbH
- 4 Antrag des Bürgervereins Bad Dürkheim i.G. auf institutionelle Förderung
- 5 Annahme von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gem. § 94 Abs. 3 Gemeindeordnung
- 6 Informationen - Sachstand Katzenschutzverordnung
- 7 Anfragen

Anwesenheitsliste

Haupt- und Finanzausschuss
vom 26.11.2024

Bürgermeisterin:

Bauernschmitt, Natalie

Erster Beigeordneter:

Güther, Claudius

Beigeordnete:

Ester, Gerd

entschuldigt

Strobel, Angela

CDU:

Brand, Thorsten

Darting, Helmut

Vertretung für Frau Christine Michler
ab 16.56 Uhr (TOP 2)

Hoffmann, Gisela

Kalbfuß, Thomas

Wolf, Andreas

Wolf, Markus

Zackiewicz, Jana

SPD:

Brust, Karl

Vertretung für Herrn Ralf Lang

Kissel, Kerstin

Stepp, Ina

FWG:

Karst, Uli

Krick, Frank

Schmitt, Jochen

ohne TOP 3

FDP:

Dick-Walther, Petra

Schubert, Walter

ohne TOP 3

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Bruns, Johanna

Giel, Thomas, Prof.

Hagen, Judith

Verwaltungsmitarbeiter:

Amborn, Chiara

bis TOP 2

Röhl, Jan

bis TOP 2

Schneider-Joseph, Christine

Sokolowski-Kühn, Maik

Schriftführerin:

Feigel, Stefanie

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Tagesordnungspunkt 1:

Beteiligung der Gemeinden an den Personalkosten der Kindertagesstätten ab 01.07.2021

Vorlage: 2024/0295/FB3

Bürgermeisterin Bauernschmitt erläutert den Sachverhalt an Hand der Sitzungsvorlage. Sie weist auf eine Bürgermeisterdienstbesprechung beim Landkreis am Donnerstag hin. Hier sei die Beteiligung der Gemeinden an den Personalkosten der Kindertagesstätten ebenfalls Thema. Fachbereichsleiterin Schneider-Joseph stellt anhand einer Beamer-Präsentation die Finanzierung der Kindertagesstätten vor.

Ratsmitglied Hagen fragt nach, was die Folgen wären, wenn die Stadt nicht zustimme. Bürgermeisterin Bauernschmitt macht deutlich, dass sich der Landkreis durch Umlagen finanziere. Es sei dann zu erwarten, dass eine andere Möglichkeit gefunden werde, um die Mittel zu erhalten.

Ratsmitglied Hoffmann kritisiert, dass das Land die Kostenfreiheit in den Kindertagesstätten beschlossen habe, aber Kreise und Gemeinden die Kosten tragen müssten. Ratsmitglied Markus Wolf ergänzt, seit 2021 benötige man eine neue Lösung. Die Finanzierung der Kindertagesstätten sollte per Gesetz geregelt werden. Er könne zwar den Beschlussvorschlag mittragen, er weist aber auch auf das hohe Defizit des Landkreises hin.

Ratsmitglied Krick schließt sich an, das Land ziehe sich aus der Verantwortung. Durch die Kreisumlage würden die Gemeinden doppelt belastet.

Ratsmitglied Dick-Walther widerspricht ihren Vorrednern. Das Land sei in die Verantwortung gegangen. Die Situation der konfessionellen Träger sei schwierig. Die Sitzgemeinden seien mehr in die Verantwortung genommen worden. Es sei zu bedenken, wenn die konfessionellen Träger sich die Einrichtungen nicht mehr leisten können, würde das ein großes Problem für die Kommunen darstellen. Es müsse eine für alle verträgliche Lösung gefunden werden.

Ratsmitglied Schubert begrüßt den Beschlussvorschlag. Der Bürgermeisterin soll die Ermächtigung erteilt werden, zu verhandeln.

Ratsmitglied Dick-Walther weist darauf hin, dass es keine neuen Stellen für Horte und Krippe geben könne, solange die Zuschüsse nicht geregelt seien.

Bürgermeisterin Bauernschmitt weist abschließend nochmals auf die Bürgermeisterdienstbesprechung hin. Sollten sich hier Änderungen ergeben, werde man informieren, den Beschlussvorschlag für den Stadtrat entsprechend abändern und in der Sitzung nochmals beraten.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat dem Trägeranteil bzw. Sitzgemeindeanteil (bei freien Trägern) an den Personalkosten der Kindertagesstätten rückwirkend ab 01.07.2021 in Höhe von 12,5 % für die Ü2 Plätze (Plätze für 2-6Jährige) zuzustimmen.
2. Für die U2 Plätze (Krippe) und Plätze für Schulkinder (Hortplätze) wird die Verwaltung beauftragt, den Trägeranteil an den Personalkosten der Kindertagesstätten mit dem Träger der örtlichen Jugendhilfe auf den bisherigen prozentualen Trägeranteil (5% Krippe, 10% Horte) zu verhandeln.

3. Die vor der Übergangsvereinbarung gezahlten Sachkostenzuschüsse für die Jahre 2021 bis 2023 werden rückwirkend ab dem 01.07.2021 zurückgefordert.
Für das Jahr 2024 werden keine Sachkostenzuschüsse ausgezahlt.
Für das Jahr 2025 sind eventuell mögliche Zuschüsse nach dem Vorliegen einer Rahmenvereinbarung neu zu verhandeln.
4. Die Vereinbarung mit der Protestantischen Kirchengemeinde Bad Dürkheim zur Übernahme des Trägeranteils für den Betrieb einer dritten Gruppe (Krippengruppe) in der Ev. Kindertagesstätte „Sonnenblume“ wird rückwirkend zum 01.07.2021 gekündigt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 2:

Vorstellung des Haushaltsplan-Entwurfs 2025 inklusive Stellenplan und den entsprechenden Anlagen

Vorlage: 2024/0221/1.3

Bürgermeisterin Bauernschmitt erinnert an die ausführliche Vorberatung und Vorstellung der Eckpunkte des Haushaltsplanentwurfs sowie des Stellenplanes in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.10.2024.

Sachgebietsleiter Sokolowski-Kühn berichtet über die wichtigsten Veränderungen seit der letzten Beratung anhand einer Beamer-Präsentation.

Anmerkung: Die Präsentation ist in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Er berichtet ausführlich über die Auswirkungen der Grundsteuerreform und die rechtlichen Änderungen zum 01.01.2025. Die Verwaltung schlägt die Einführung einer Hebesatzsatzung vor, um damit die Hebesätze unabhängig von der Haushaltssatzung beschließen zu können. Es sei beabsichtigt, die Satzung dem Stadtrat in seiner Sitzung vom 10.12.2024 zur Entscheidung vorzulegen und noch 2024 zu veröffentlichen.

Er weist auf die beabsichtigte Erhöhung der Musikschulgebühren hin, die im Kulturausschuss beschlossen worden war und nennt die Auswirkungen auf den Haushalt. Ratsmitglied Stepp fragt nach der Rabattstruktur. Hier sollte noch einmal im Haupt- und Finanzausschuss ein Vorschlag vorgelegt werden. Sie bemängelt die fehlende Niederschrift zur Sitzung des Kulturausschusses. Ratsmitglied Kiesel weist darauf hin, man habe der Erhöhung im Kulturausschuss nur zugestimmt unter der Voraussetzung, dass die Rabattierung im Haupt- und Finanzausschuss nochmals diskutiert werde. Ratsmitglied Schubert entgegnet, es sei kein entsprechender Antrag gestellt worden.

Ratsmitglied Bruns teilt mit, es bestehe zwar Konsens darüber, dass eine Erhöhung der Gebühren erfolgen müsse, aber Familien mit mehreren Kindern müssten entlastet werden. Sie fordert eine Familienrabattstruktur. Sie weist darauf hin, dass die Gebühren über denen der Musikschulen von Frankenthal, Speyer und Worms lägen. In der Musikschule Ludwigshafen gebe es eine Rabattstruktur bis zu 80 %.

Ratsmitglied Giel ergänzt, Familien mit drei oder mehr Kindern könnten ohne Rabattierung die Gebühren nicht mehr tragen.

Ratsmitglied Dick-Walther führt aus, dass die privaten Haushalte generell derzeit stark belastet seien und nicht nur die Familien. Es sei schlecht, wenn sich Familien für ihre Kinder die Musikschule nicht mehr leisten könnten. Jedes Kind solle die Möglichkeit haben, an der Musikschule teilzunehmen.

Ratsmitglied Markus Wolf will an den Rabatten unter Berücksichtigung der Haushaltssituation in der vorgelegten Form festhalten. Zudem verweist er auf die Forderung des Rechnungshofes nach angemessenen Gebühren.

Ratsmitglied Schubert weist auf ein Agreement hin, dass das Defizit der Musikschule 300.000 € nicht überschreiten sollte. Dies sei bereits erreicht.

Ratsmitglied Krick erinnert daran, dass seit 8 Jahren keine Erhöhung der Beiträge erfolgt sei, so dass hier von den Musikschülerinnen und -schülern bereits viel eingespart werden konnte. Zudem habe man im Kulturausschuss die ursprüngliche Erhöhung um 30 % auf 20 % reduziert.

Ratsmitglied Kalbfuß weist auf die Vielschichtigkeit der Rabattierung hin. So gebe es auch Vergünstigungen für Bad Dürkheimer.

Ratsmitglied Karst schlägt vor, an der vorgelegten Rabattierung festzuhalten. Man habe gerade im Sozialausschuss die musikalische Früherziehung für Kindergärten beschlossen. Dies sei bereits eine zusätzliche Förderung.

Die Ratsmitglieder Schmitt und Kalbfuß sehen sich nicht in der Lage heute abzustimmen, wie es von Ratsmitglied Giel gefordert wurde.

Nach weiterer Diskussion einigen sich die Beteiligten darauf, in der Sitzung des Stadtrates vor der Haushaltsberatung das Thema „Erhöhung der Musikschulgebühren – Rabattierung“ nochmals aufzurufen. Die Verwaltung macht hierzu einen konkreten Vorschlag.

Künftig sollen die Gebühren in regelmäßigen Abständen von ca. zwei – drei Jahren angepasst werden, um große Erhöhungen zu vermeiden.

Sachgebietsleiter Sokolowki-Kühn stellt dar, dass gegenüber der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.10.2024, in dem der Stelleplan ausführlich vorgestellt worden war, sich keine wesentlichen Änderungen ergeben hätten. Es liege aber ein gemeinsamer Antrag der CDU und FWG-Stadtratsfraktion vor, auf Schaffung einer neuen Stelle im Bereich Wirtschaftsförderung.

Ratsmitglied Markus Wolf begründet den Antrag vom 25.11.2024.

Die Ratsmitglieder Hagen und Giel bemängeln die Kurzfristigkeit des Antrags. Eine Vorbereitung sei nicht möglich gewesen. Zudem fehle ein Konzept. Auch Ratsmitglied Schubert bemängelt das fehlende Konzept und fragt, was die Person überhaupt machen soll. Die Ratsmitglieder Kissel und Brust fragen, ob die Verwaltung ebenfalls die Notwendigkeit einer zusätzlichen Stelle im Bereich Wirtschaftsförderung sehe. Bürgermeisterin Bauernschmitt entgegnet, dass die Verwaltung durchaus den Bedarf der Stelle sehe, aber erst die Haushaltsentwicklung abwarten wollte.

Erster Beigeordneter Güther würde eine zusätzliche Stelle aufgrund des großen Aufgabenspektrums begrüßen und um Fachbereichsleiter Brill zu entlasten. Durch die Ansiedelung neuen Gewerbes würden auch neue Einnahmen generiert.

Ratsmitglied Markus Wolf führt aus, man habe abgewartet, ob die zusätzliche Stelle im Haushalt ausfinanziert werden könne. Die Verwaltung gehe behutsam mit Stellenmehrungen um.

Ratsmitglied Schmitt ergänzt, die Schnittstelle zwischen Wirtschaftsförderung und Bauamt müsse funktionieren. Auch im Weinbau stehe man vor großen Herausforderungen.

Ratsmitglied Dick-Walther hat ein generelles Problem mit dem Stellenplan. Sie schlägt vor, die geänderten oder zusätzlichen Stellen rot zu markieren. Sie fragt, ob es sich bei den befristeten Stellen, die in unbefristete Stellen umgewandelt werden sollen, um solche handelt, die im letzten

Jahr gestrichen wurden und ob die Verwaltung auch über Stellenrationalisierungen und Stellenumstrukturierungen nachgedacht habe, bevor neue Stellen geschaffen werden. Seit 2019 habe es eine Mehrung um 50 Stellen gegeben.

Die Stelle für die Wirtschaftsförderung sei grundsätzlich gut und auch notwendig, aber die Stellenmehrungen seien zu viel.

Laut Ratsmitglied Stepp habe sich der Bedarf einer zusätzlichen Stelle für die Wirtschaftsförderung schon lange angekündigt.

Die Beteiligten kommen überein, über die zusätzliche Stelle eines Wirtschaftsförderers im Stadtrat nach Vorlage eines Konzeptes für die Stelle zu entscheiden.

Es werden weitere Fragen zum Haushalt gestellt, die von Sachgebietsleiter Sokolowski-Kühn beantwortet werden.

Ratsmitglied Kissel fragt nach einer Prioritätenliste, welche Projekte in Kitas und Schulen innerhalb der Priorität 1 wann in Angriff genommen werden.

Ratsmitglied Hagen fragt nach den Umbaumaßnahmen im Jukib und fordert die Mittel hierfür unbedingt im Haushalt zu belassen.

Beigeordnete Strobel teilt mit, dass die Außentreppe bereits in der Umsetzung sei.

Ratsmitglied Dick-Walther verlangt für die Sitzung des Stadtrates am 10.12.2024, unter dem Tagesordnung Punkt Informationen - Sachstand Therme nicht nur die unmittelbaren Kosten für die Therme zusammenzustellen, sondern auch die Kosten aufzuführen, die in Verbindung mit der Therme verursacht wurden, wie z.B. der Umzug des BHKW.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung, der Haushaltsplan sowie der Stellenplan und die Anlagen zum Haushalt werden dem Stadtrat zur Beschlussfassung empfohlen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig mit Stimmenthaltung
Ja: 11 , Nein: 0 , Enthaltung: 8 , Befangen: 0

Tagesordnungspunkt 3:

Einlage in die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH für Zuschüsse an die Rhein-Haardtbahn GmbH
Vorlage: 2024/0257/1.3

Beschluss:

Der Kapitaleinlage in Höhe von 587.043,90 € in die Stadtwerke Bad Dürkheim GmbH wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 4:

Antrag des Bürgervereins Bad Dürkheim i.G. auf institutionelle Förderung
Vorlage: 2024/0261/FB3

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Sachverhalt ein.

Ratsmitglied Schubert teilt mit, dass er dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Er fragt sich aber, wo die Abgrenzung zum Stadtlinienverkehr oder Mobility on demand sei. Eine Konkurrenzsituation sollte vermieden werden.

Beigeordnete Strobel entgegnet, dass keinerlei Konkurrenz bestehe. Die Seniorinnen und Senioren werden an der Haustür abgeholt. Sie weist auf eine Planungsveranstaltung „Seniorenbus Bad Dürkheim“ am 28.11.2024 um 18.30 Uhr im Mehrgenerationenhaus hin, zu der die Stadtverwaltung und der Bürgerverein eingeladen hätten. Ratsmitglied Hagen verneint ebenfalls eine Konkurrenzsituation. Auch passten nur 7 Personen in den Bus.

Ratsmitglied Markus Wolf unterstützt den Beschlussvorschlag und betont, dass man die verschiedenen Angebote brauche. Auch Ratsmitglied Dick-Walther sieht das Angebot positiv.

Beschluss:

Zur Unterstützung und Umsetzung des Projektes Seniorenbus wird dem Bürgerverein Bad Dürkheim ein jährliches Budget gewährt.

Das Budget beträgt maximal 12.500 € pro Jahr und wird erstmals im Haushalt 2025 veranschlagt.

Die Höhe der Auszahlung des jährlichen Budgetbetrages ist abhängig von den noch festzulegenden Rahmenbedingungen und der finanziellen Situation des Bürgervereins.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 5:

Annahme von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
gem. § 94 Abs. 3 Gemeindeordnung

Vorlage: 2024/0290/FB1

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Annahme der in der Anlage aufgelisteten Spenden zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 6:

Informationen - Sachstand Katzenschutzverordnung

Erster Beigeordneter Güther gibt einen Sachstand zur Katzenschutzverordnung. Man habe entsprechende Daten abgefragt, um die Situation beurteilen zu können. Der Rücklauf sei allerdings zunächst verhalten gewesen. Man gehe nun noch gezielt auf die Tierarztpraxen zu, um Zahlen zu erhalten. Anschließend werde man das Datenmaterial auswerten.

Erster Beigeordneter Güther berichtet über eine Förderung des Bundes für Sirenen. Man habe fünf neue Sirenen aufgebaut. Er informiert darüber, dass am Freitag, 29.11.2024 von 8.00 – 14.00 Uhr die Sirenen getestet werden. Informationen über den Sirenentest und die verschiedenen Warntöne erfolgten im Amtsblatt, Social Media, Internetseite und der Katwarn App.

Bürgermeisterin Bauernschmitt berichtet über die vorgezogene Bundestagswahl. Es seien ca. 14.300 Bad Dürkheimer wahlberechtigt. Man beabsichtige 11 Urnenwahlbezirke sowie 8 Briefwahlbezirke einzurichten. Die üblichen Räumlichkeiten stünden alle zur Verfügung und seien bereits reserviert worden. Man benötige etwa 170 Wahlhelfende. Hier hätten sich schon einige Freiwillige gemeldet, ebenso Mitglieder der Parteien. Die Wahlbenachrichtigungskarten gingen bis zum 02.02.2025 zu.

Tagesordnungspunkt 7:

Anfragen

Ratsmitglied Kissel fragt nach der Einladungsliste für den Eröffnungsabend am Wurstmarkt. Es seien wesentlich weniger Personen eingeladen worden als in den Vorjahren. Sie fragt, ob die Liste zur Verfügung gestellt werde.

Bürgermeisterin Bauernschmitt erinnert an die veränderten Rahmenbedingungen, da der Eröffnungsabend nicht mehr in einem Festzelt, sondern im Fass mit deutlich weniger Plätzen stattgefunden habe. Entsprechend habe man in Abstimmung mit den Fachbereichen die Einladungsliste reduzieren müssen. Es sei nicht beabsichtigt, die Einladungsliste zur Verfügung zu stellen.

Die Vorsitzende, Bürgermeisterin Bauernschmitt, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.10 Uhr.